

2.3 Dritte Bewegung: »progressive« Integration

Die erste Bewegung, die von der tradierten Ordnung ausgeht, ist delegitimierend. Sie verdrängt die entstehende Gegenhegemonie durch eine Mobilisierung der staatlichen Gewalt. Die zweite Bewegung ist verschiebend, sie neutralisiert die sozio-ökonomische Konfliktlinie von unten gegen oben durch die nationale Konfliktlinie von Zentralstaat versus Peripherie (vor allem: Spanien vs. Katalonien). Beiden Bewegungen ist gemein, dass sie die Gegenmacht der Empörung, die ab 2011 entsteht, zurückdrängen. Das Verb »zurückdrängen« setzt *nicht* voraus, dass die etablierte Ordnung wie ein Kollektivsubjekt zielgerichtet handeln würde. Eher suchen die großen politischen, medialen und zivilgesellschaftlichen Akteure, die die Kultur der Transition mittragen, nach Wegen, um die instituierte Hegemonie – also sich selbst – zu bewahren und die junge Gegenhegemonie abzuwenden.

Schrittweise aber, nachdem Mitte 2016 der Aufstieg von Podemos beendet ist und Ende 2017 die katalanische Krise (vorläufig) überwunden, formiert sich eine dritte Antwort gegenüber der Gegenhegemonie der Empörung. Sie setzt auf die *proaktive Integration* der Positionen, die zuerst die Indignados und dann Podemos und die anderen neuen Linksparteien artikuliert haben. Besonders auf kommunaler Ebene wird deutlich, dass sich die Totalkritik an den etablierten Parteien, wie sie das frühe Podemos tätigt, deutlich relativiert, wenn es um die Frage der Regierungsbildung geht. In Barcelona und Madrid – sowie in etlichen anderen Metropolen – bilden sich rund um die durch Podemos gestützten linken Bürgermeisterinnen Ada Colau und Manuela Carmena Koalitionen, in denen der sozialistische PSOE als Juniorpartner eingebunden wird. In anderen Städten wiederum, darunter die im Kapitel V.5 behandelte Stadt Getafe in der Region Madrid, beteiligen sich Podemos und die von ihm mitgetragenen Wählerplattformen an der Amtseinsetzung sozialistischer Bürgermeisterinnen. Auf diese Weise findet ab Mitte 2015 zwischen den Sozialisten und Podemos das statt, was Franzé (2019: 301f.) eine beidseitige »programmatische Annäherung« nennt. In deren Zuge wirft der spanische Linkspopulismus seine populistischen Züge partiell ab. Die ab Mitte 2016 von Parteichef Iglesias favorisierte Linie verabschiedet die Totalkritik der politischen Klasse und verortet nun Podemos explizit in der Links-rechts-Achse. Podemos soll, so Iglesias, ein linker Akteur sein, der sich sozialdemokratisch umdefiniert und im PSOE seinen natürlichen Koalitionspartner findet.

Diese Annäherung geschieht auch seitens der Sozialisten. Die erneute Wahl von Pedro Sánchez im Mai 2017 als PSOE-Chef, nachdem er vom Parteiapparat abgesetzt wurde, trägt Züge dessen, was Beobachterinnen wie Kritiker als *podemización* (Podemisierung) des PSOE bezeichnet haben. Nicht nur taucht, wie angesprochen, die Sozialfigur der Empörten in der Praxis des neuen alten sozialistischen Parteichefs auf, um eine Ermächtigung der Basis gegen die Führung zu intonieren. Sánchez überdenkt zudem seine Haltung gegenüber der neuen Linkspartei. »Ich irrte mich, als ich Podemos als populistisch bezeichnete. Der PSOE muss Hand in Hand mit Podemos zusammenarbeiten« (Salvados 2016), so der Tenor des neuen Sánchez.

Dafür muss die »kulturelle Ferne« (Franzé 2019: 297ff.) überwunden werden, die zwischen einer Partei wie dem PSOE besteht, der sich mit der institutionalistischen, wirtschaftsliberalen und entpolitisierten Kultur der Transition identifiziert, und einer Kraft

wie *Unidas Podemos*,¹⁷ die diese Kultur offensiv in Frage stellt. Nach dem erfolgreichen Misstrauensvotum der Sozialisten gegen das Rajoy-Kabinett steht die junge Partei rund um Iglesias im Juni 2018 vor der Herausforderung, die neue Minderheitsregierung von Sánchez zu unterstützen. Eine Unterstützung, die sich im Januar 2020 – nach einer zunächst gescheiterten Regierungsbildung und Neuwahlen im November 2019 – schließlich in der ersten Koalitionsregierung des postfranquistischen Spaniens niederschlägt.

Die Verbesserungen, die Podemos mit dem PSOE in der Regierung erreicht,¹⁸ gelingen der Partei, indem sie sich *partiell* in die *Kultur der Transition* einschreibt. Sie verteidigt die Verfassung, akzeptiert die EU, nimmt die Forderungen zurück, die eine territoriale oder sozioökonomische Neuordnung von Spanien erfordern würden – die einst linkspopulistische Partei passt sich an die tradierte Ordnung an. Diese Anpassung ist nicht einseitig. Auch Podemos verändert teilweise die vorherrschende Hegemonie, stößt eine neue Sensibilität gegenüber sozialen Missständen und deren Behebung an, fördert den Dialog zwischen dem Zentralstaat und den peripheren Nationen, setzt in der Gleichstellungspolitik Akzente und versucht, den Sozialstaat auszubauen. Diese Hybridisierung darf eines nicht verdecken: Im, wie die Koalitionspartner mit Verve betonen, *gobierno más progresista de la historia de la democracia española* (der progressivsten Regierung in der spanischen Demokratiegeschichte), bleibt die *Asymmetrie* zwischen der tradierten Ordnung und dem vormals gegenhegemonialen Projekt gewahrt.¹⁹ Die Vormachtstellung des PSOE rund um den Präsidenten Pedro Sánchez, die dieser in der öffentlichen Kommunikation geschickt zu inszenieren weiß, gegenüber Podemos spiegelt mehr als politische Arithmetik, sondern zeigt auf, dass sich Spanien zwar verändert, doch nicht in der Weise, wie der alleinige Fokus auf die Gegenhegemonie der Empörung vermuten lassen könnte.

Es gibt nach den Jahren der Empörung, um die sich diese Studie dreht, für Spanien keinen Weg zurück in die Vorkrisenzeit, in die Strukturen, die mit der Kultur der Transition in den 1970er und 1980er Jahren sedimentierten. Das Zweiparteiensystem ist passé in einem Parlament, in dem im Jahr 2019 Parteien, die es vor 2011 nicht gab, 40 Prozent Unterstützung auf sich ziehen. Selbiges gilt für Spaniens Wirtschaft, da spätestens seit der Covid-19-Pandemie klar geworden ist, dass die alten Pfeiler von Tourismus, Dienstleistungen sowie Immobilien- und Finanzbranche nicht mehr (alleine) weitertragen. Auch auf kultureller Ebene hat ein Wandel stattgefunden. Die großen Persönlichkeiten, welche die Transition und die Modernisierung des Landes – in der Selbstbeschreibung der Kultur der Transition – anführten, sind wie der ehemalige Monarch Juan Carlos I. ob ihrer Korruptionsaffären entweder diskreditiert oder manövrieren sich wie Felipe González oder José María Aznar mit idiosynkratischen Positionen ins Abseits.

17 Dieser neue Parteinamen drückt die Koalition aus, die Podemos seit Mai 2016 mit der postkommunistischen *Izquierda Unida* eingegangen ist. Die neue linke Codierung schreibt sich auf diese Weise in den Namen ein.

18 So die Erhöhung des Mindestlohns (2021: 965 Euro monatlich), die Einführung eines *ingreso mínimo vital* (eine Grundsicherung ähnlich dem Bürgergeld), Maßnahmen zur Gleichstellung, eine Mietrechtsreform und die Bekämpfung der Energiearmut.

19 Unidas Podemos kommt Ende 2019 auf 12,8 Prozent und erlangt 35 von 350 Sitzen (2015: Podemos + IU: 24 Prozent, 71 Sitze), der PSOE erreicht 28 Prozent und 120 Sitze (2015: 22 Prozent, 90 Sitze).

Doch an die Stelle dieser großen Männer tritt eine neue Generation von Berufspolitikern sowie, in minderm Maße, Berufspolitikerinnen,²⁰ welche die politische Praxis nicht weniger monopolisieren als die Generationen vor ihnen. Rechte, liberale und nicht zuletzt linke Politiker von Podemos revitalisieren ein führungszentriertes Politikmodell, in dem die Repräsentanten agieren und die Repräsentierten passiv bleiben. Das Verständnis von Politik als *Top-down-Praxis* bleibt im aktuellen Spanien vorherrschend – und spitzt sich mit der zunehmenden rhetorischen Polarisierung zwischen zwei großen ideologischen Blöcken, PSOE, Podemos und den linksnationalistischen Parteien aus der Peripherie zur linken und PP, Ciudadanos und VOX zur rechten, eher noch weiter zu (vgl. Ubasart-González/Martí i Puig 2020). Viele Bürgerinnen lassen sich auf diese Polarisierung entweder als willfähige Zuschauerschaft ein oder wenden sich von »der Politik« mit einem ähnlichen Gefühl des *desencanto* (Ernüchterung) ab, wie es nach dem Ende der Diktatur in den späten 1970er Jahren vorherrschte. Der sedimentierte Knotenpunkt eines restriktiven Demokratiemodells wird im Spanien der 2020er Jahre politisch reaktiviert.

Demgegenüber steht allerdings anders als in den Jahrzehnten vor 2011 eine nun grundsätzlich *politisierte Zivilgesellschaft*. Die Gegenhegemonie der Empörung hat mit dem einstigen Topos eines protagonistischen politischen Systems und einer passiven Zivilgesellschaft gebrochen. Der Pathos der kollektiven Ermächtigung und Empörung wendet sich nun auch gegen die Parteien der neuen Linken, wenn diese nicht mit genügend Vehemenz die Forderungen realisieren, die sie eigentlich postulieren.²¹ Das Ensemble der Versammlungen, Organisationen, Plattformen sowie die mediale Infrastruktur, welche die entstehende Gegenhegemonie konstituieren, spielt in Spanien die Rolle einer *Gegenmacht*. Sie ist keine Alternative im Singular, kein absolut kohärentes und in sich geschlossenes Gesellschaftsmodell. Und doch entstehen, diese Studie rekonstruiert es, *Alternativen* zum Status quo. Sie werden als kollektive Praktiken, als entstehende Existenzweisen und als eine alternative Gegenkultur gelebt und vorgelebt. Daraus wiederum erwachsen immer wieder aufs Neue politische Artikulationen, die für eine demokratischere, weniger wirtschaftsliberale und individualistische Ordnung plädieren. Mehr noch, zu Beginn der 2020er Jahre besteht (erneut) die sehr reale Möglichkeit, dass aus dieser entstehenden Gegenhegemonie heraus neue Parteiprojekte entstehen. »Ohne Utopien gibt es keine alternative Gesellschaft. Die Aufgabe besteht darin, ein neues politisches Projekt für Spanien in diesem neuen Jahrzehnt aufzubauen«, so verkündet die Politikerin von *Unidas Podemos* Yolanda Díaz (zit. in García de Blas 2021).

20 Die Feminisierung der spanischen Politik vollzieht sich gegenüber den durch die Indignados ausgelösten Veränderungen als nachholende Revolution. Erst ab 2018, als am 8. März der erste Frauenstreik der spanischen Geschichte stattfindet, kommt die Frage der Gleichstellung zwischen Frauen und Männern systematisch – dann aber sehr stark – auf die politische Agenda und führt zu einer deutlichen Feminisierung der Spitzenämter.

21 Ein eindrückliches Beispiel dafür bietet die Stadt Barcelona. Dort üben die PAH und andere Initiativen wie die Mieterinnengewerkschaft immer wieder Druck aus auf die aus ihrer Sicht unzulängliche Wohnungspolitik der Bürgermeisterin Ada Colau, der einstigen PAH-Sprecherin. Die PAH-Aktivistinnen wiederholen sogar die Praxis der Besetzung, die sie sonst nur in Bankfilialen durchführen, im Rathaus Barcelonas, um Colaus Kurs zu kritisieren (vgl. Torné 2019).

Gegenüber der Polarisierung im politischen System und trotz einer grundsätzlich politisierten Zivilgesellschaft bleibt Spaniens *Wirtschaftsmodell* eigentümlich *unangetastet*. Die ökonomischen Pfeiler der nachfranquistischen Zeit mögen sich in einer Krise befinden, aber die langfristigen Alternativen dazu bleiben vage. Auf die zentrale Frage, wie sich das Land aufstellen müsste, um nach der Covid-19-Pandemie – und mithilfe der EU-Gelder – die zweite große Rezession innerhalb von kaum zehn Jahren abzufedern, fehlen die Antworten. Nur an den politischen Rändern artikuliert sich mit einiger Vehemenz die Forderung, eine neue Energie- und Infrastrukturpolitik zu entfalten, die Spanien für den Klimawandel vorbereiten könnte.²² Wirtschaftskrisen sind, auch dies sollte die vorliegende Arbeit gezeigt haben, nicht nur Wirtschaftskrisen im engen Sinne, sie sind zudem Momente der Neuverhandlung von Gesellschaft. Wenn das Jahrzehnt nach dem Ausbruch der Empörung eines klarstellt, dass sich trotz aller Wandlungsprozesse an der ökonomischen Prekarität großer Bevölkerungssektoren wenig geändert hat. Jene, die einst auf den Plätzen in Asambleas zusammenfanden, sind heute 30- und 40-Jährige mit Zeitarbeitsverträgen, niedrigen Löhnen und Bastelbiographien, die oft ins Ausland führen (müssen). Und die kommende Generation findet sich Anfang der 2020er Jahre in derselben Malaise wieder. Für sie aber ist Podemos eine Partei unter anderen – und nicht gerade diejenige, welche die jungen Alterskohorten *en masse* wählen.²³ Der Kolumnist Enric Juliana bringt es prägnant auf den Punkt:

[Podemos] wurde als Antwort auf die Krise von 2008 geboren. Die Partei war das Sprachrohr der Empörung von Millionen junger Menschen und nicht wenigen ihrer Eltern. Dieser Zyklus ist vorbei, jetzt beginnt ein neuer. Die impulsgebende Kraft von Podemos lag bei den jungen Leuten, die sich empörten, weil ihre Erwartungen in der damaligen Krise zerbrochen waren. Was wird jetzt geschehen? Wenn Podemos nicht auf die jungen Leute hört, wird sich die Partei in ein Phantom ihrer selbst verwandeln. Denn die Krise kann die jungen Leute erneut am stärksten treffen. Ich beobachtete bei Podemos eine große Leidenschaft für den ideologischen Kampf. Aber vielleicht ist das Land heute der ideologischen Kämpfe überdrüssig. Vorrang hat das Materielle, das Konkrete, die Arbeit für die mögliche Zukunft, nicht das Proklamieren der utopischen Zukunft. (Juliana 2020)

Julianas Gedanken lassen sich weiter- und über Podemos hinausspinnen. Die Herausforderung, vor der nicht nur die neuen Linksparteien, sondern das gesamte Gewebe von Plattformen, Vereinen, Parteien und Bewegungen steht, welches die Gegenhegemonie der Empörung konstituiert, besteht darin, aufzuzeigen, dass die »mögliche Zukunft« gerade *nicht* im Versprechen besteht, das sedimentierte Ideal einer individualisierten Mit-

-
- 22 Besonders der ehemalige Podemos-Strategie Íñigo Errejón plädiert mittels der von ihm gegründeten Kleinpartei *Más País* vehement für eine ökologische Wende, die in Gestalt eines *Green New Deal* danach trachtet, Spaniens Energiesektor zu revolutionieren – und damit auch den Arbeitsmarkt neu auszurichten.
 - 23 Paradigmatisch dafür sind die Wahlen in der Region Madrid im Mai 2021, als die konservative Ministerpräsidentin Isabel Díaz Ayuso mit knapp 45 Prozent wiedergewählt wird. Mit ihrem Motto, »Freiheit«, mit der eine konsequente Lockerung der Corona-Maßnahmen befürwortet wird, besticht sie bei allen Wählergruppen – auch unter den Jüngeren. 58 Prozent der Erstwählerinnen (circa 334.000 Stimmen) entscheiden sich für Ayuso.

telschichtgesellschaft neu zu lancieren. Denn der entpolitisierte, um Arbeit und Konsum sich drehende Gesellschaftsentwurf ist letztlich das, was alle Akteure, die an der Kultur der Transition partizipieren, zentral verfochten und heute wieder verfechten. All ihrer Differenzen zum Trotz stehen linksliberale, rechtsliberale, konservative und mittlerweile rechtspopulistische Strömungen in dem Maße in *einer* Kultur zusammen, als sie – auf je verschiedene Weise – für eine Rückkehr zu den postfranquistischen Werten eintreten. All diese Akteure halten das Gesellschaftsideal hoch, mit dem sich Spanien damals als ein modernes, endlich europäisiertes Land neu erfand. Wirtschaftlicher Liberalismus, systemische Stabilität und protagonistische politische Eliten waren früher und sind heute erneut die Knotenpunkte des politischen Systems. Das nostalgische Plädoyer für die Rückkehr zu der Ordnung, die vor der Gesellschaftskrise von 2011 bestand, scheint zehn Jahre später wieder vorzuherrschen. Doch seine Geltung ist nur noch unvollkommen.

Es ist mehr als ungewiss, ob sich die sozialen Verhältnisse, wie sie vor 2008 bestanden, nach der Finanzkrise, nach dem popularen Bruch der Indignados und nach der Covid-19-Pandemie erneut werden herstellen lassen. Dies gilt besonders hinsichtlich der (fehlenden) Legitimität des politischen Systems.²⁴ Mehr denn jemals zuvor instituiert Spaniens vorherrschende Ordnung nurmehr (sehr) schwer verwirklichtbare Signifikanten. Die jungen Generationen, von denen Juliana spricht, mögen sich danach sehnen, Mittelschicht zu werden. Doch ist in Spanien dieses Ideal kurz-, mittel- und langfristig überhaupt erreichbar? Die große Paradoxie der tradierten Kultur ist, dass sie zwar durch die partielle Integration der Gegenhegemonie der Empörung in Gestalt von Podemos ihre Basislegitimität teilweise wiederhergestellt hat. Der Ordnungswert der alten Ordnung gilt wieder – allerdings weit gebrochener als früher. Die Kräfte, welche die reaktivierte Kultur der Transition tragen, werden nicht nur von einer neuen Gegenhegemonie hinterfragt, ihnen fehlt selbst ein in die Zukunft gerichteter Gesellschaftsentwurf. Sie haben keine Antwort auf die große Frage, wie ein neues Spanien aussehen könnte. Das Ideal der *Mittelschichtgesellschaft* ist in den frühen 2020er Jahren wieder *der* große Signifikant geworden, den eine aktualisierte Kultur der Transition zentralstellt. Doch anders als früher wird dieser Signifikant *abwesend* gehalten, er bleibt ein reines, fast schon entsinnlichtes Symbol, das Sehnsüchte weckt, diese aber nicht mehr verwirklichen kann. Das Spanien nach der Empörung ist nicht das Spanien der Empörung, es ist aber auch nicht mehr das Spanien vor der Empörung.

24 Nach Umfragen misstrauen 90 Prozent der 16- bis 34-Jährigen den Berufspolitikern (vgl. Playground 2021).

